

Frieden

Rat ö 22.04.2008

Resolution zu Tibet (Ratsmitglied Christopher Cheeseman) (TOP 5 c)

Beratungsverlauf:

Ratsmitglied Herr Cheeseman begründet den Antrag und stellt fest, dass, wie die Menschenrechte auch der Frieden unteilbar sei. Er verweist auf zahlreiche andere Konfliktherde in der Welt und hebt in Anbetracht der Eigenschaft Osnabrücks als Friedensstadt und der bestehenden Kontakte zu China die Verpflichtung hervor, sich zu dem in Tibet bestehenden Konflikt zu äußern. Er fordert, den Begriff „Friedensstadt“ nicht nur als Etikett zu verwenden, sondern ihm weltweite Geltung zu verschaffen. Er erinnert an die leider nicht mehr bestehende Initiative Osnabrücks, gemeinsam mit anderen Städten, die im 2. Weltkrieg stark zerstört waren, international gemeinsame Projekte durchzuführen. Er schildert die Umstände des derzeitigen Tibet-Konfliktes und verweist auf die bestehenden partnerschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen Osnabrücks zu China. Er verweist auf die bestehende Mitverantwortung der EU an den derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in China.

Herr Dr. E. h. Brickwedde verweist namens der CDU-Fraktion auf die prinzipielle Zurückhaltung des Rates der Stadt Osnabrück, zu allgemeinen politischen Themen Beschlüsse herbei zu führen. Zu dem vorliegenden Antrag müsse aber wegen der getroffenen Kernaussagen Stellung genommen werden - daher sei gemeinsam von allen Fraktionen der vorliegende Änderungsantrag formuliert worden.

Ausschlaggebend für die Behandlung im Rat der Stadt Osnabrück sei die Aufgabe Osnabrücks als Friedensstadt und die Partnerschaft zu Hefei in China. Er fordert Herrn Cheeseman dazu auf, nicht die Mächtigen und die Ohnmächtigen gleichzusetzen. Er nimmt Bezug auf die derzeitige politische Situation in Tibet und weist nachdrücklich den Inhalt des ersten Satzes der von Herrn Cheeseman unterbreiteten Resolution zurück.

Herr Meier begrüßt es namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als gut und richtig, dass der vorstehende Punkt auf der Tagesordnung stehe. Die Befassung mit dem Tagesordnungspunkt sei für den Rat der Friedensstadt Osnabrück angemessen, wobei die Möglichkeiten der kommunalen Einflussnahme gering seien. Er verweist auf den bestehenden Zusammenhang zu den bevorstehenden Olympischen Spielen in China. In diesem Zusammenhang sei es richtig, auf die Problematik aufmerksam zu machen und zu einem friedlichen Dialog aufzurufen in der Frage der Autonomie Tibets. Er hebt hervor, dass in dem geänderten Resolutionstext deutlich werde, dass hiermit die kulturelle Autonomie Tibets und die Frage der freien Religionsausübung gemeint sei. Er verweist auf die bestehende Partnerschaft zur chinesischen Stadt

Hefei, die in der vorliegenden Frage zu einem konstruktiven Dialog genutzt werden solle. Die Haltung der Stadt Osnabrück solle der Stadt Hefei übermittelt werden. Er macht deutlich, dass keinesfalls die Konfrontation gesucht werde, sondern dass es vielmehr um einen Dialog gehe. Er bringt seine Befriedigung über das Zustandekommen des gemeinsamen Resolutionsentwurfes der Fraktionen zum Ausdruck.

Herr Hagedorn weist die von Herrn Cheeseman vorgetragene Sichtweise, wonach der Begriff „Friedensstadt“ Osnabrück lediglich als Marketingbegriff eingesetzt werde, nachdrücklich zurück. Vielmehr werde an der Umsetzung dieses Standpunktes in vielen Projekten gearbeitet. Er weist es als verkürzte Sichtweise zurück, den Begriff Friedensstadt als Argumentation dafür heranzuziehen, dass die Stadt Osnabrück sich zu allen Fragen des Weltfriedens zu verhalten habe.

Herr Hus schließt sich namens der SPD-Fraktion den Ausführungen von Herrn Meier und Herrn Hagedorn an. Ebenso wie Herr Dr. E. h. Brickwedde weist er insbesondere den Inhalt des ersten Satzes des von Herrn Cheeseman vorgelegten Resolutionstextes zurück. Er verweist darauf, dass der Dalai Lama immer wieder zur gewaltfreien Lösung des Konfliktes aufgerufen habe.

Er kritisiert nachdrücklich die öffentliche Haltung, die in Anbetracht der bevorstehenden Olympischen Spiele Sportler dazu dränge, politisch Stellung zu beziehen und bezeichnet es als Signal der Solidarität mit den betroffenen Sportlern, die für die Stadt Osnabrück bestehenden Möglichkeiten, mit Vertretern des Staates China über den bestehenden Konflikt ins Gespräch zu kommen, zu nutzen. Er ruft in diesem Zusammenhang dazu auf, jede Möglichkeit des Dialoges mit jungen Chinesen, von denen einige auch in Osnabrück leben, zu suchen.

Herr Dr. Thiele bezeichnet die vorliegende Resolution als realitätsbezogen und verweist auf den Besuch des Dalai Lama 1998 in Osnabrück, der sich stets für den Frieden und die Glaubensfreiheit eingesetzt habe. Auch im Hinblick auf den 30-jährigen, menschen- und völkervernichtenden Krieg, der ein Glaubens- und Religionskrieg gewesen sei, müsse die Stadt Osnabrück in der anstehenden Frage Stellung beziehen.

Herr Mierke äußert die Befürchtung, dass durch die vorliegende Resolution eine Erwartungshaltung geweckt werde, die nicht eingelöst werden könne. Die Überlegung, dass die deutsche Geschichte evtl. eine andere Entwicklung genommen hätte, wenn die Weltöffentlichkeit sich früher eingemischt hätte, werde ihn jedoch zu einer Zustimmung zu dem Beschluss veranlassen.

Herr Cheeseman macht deutlich, dass er sich dem Änderungsantrag anschließen werde.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist die von Herrn Cheeseman vorgetragene Argumentation, der Begriff Friedensstadt Osnabrück werde lediglich als Etikett verwandt, im Namen der Stadt Osnabrück mit allem Nachdruck zurück. Die Forderung von Herrn Cheeseman, wonach die Verwendung des Begriffes mit Inhalt gefüllt werden müsse, bezeichnet er als Frechheit. Er verweist auf die Friedensarbeit der Stadt Osnabrück in den vergangenen 15 Jahren, die es nicht nötig ha-

be, durch Beschlüsse zu bestehenden Weltkonflikten aufgewertet zu werden. Er kritisiert insofern die Einlassungen von Herrn Cheeseman.

Zu dem vorgelegten Änderungsantrag der Fraktionen macht er deutlich, dass er letzterem zustimmen werde. Er verweist jedoch auf den juristischen Aspekt, dass dem Antragsgegenstand die kommunale Zuständigkeit fehle, wobei er sich diese formale Sichtweise nicht zu eigen machen wolle.

Er macht allerdings deutlich, dass zahlreiche Aspekte der zurückliegenden Diskussion zwar in die öffentliche Debatte und insbesondere in die Zuständigkeit der politischen Parteien gehören; für die Behandlung im Osnabrücker Stadtrat sei jedoch zu beachten, dass es sich hierbei um ein Gremium handle, das kommunale Aufgaben wahrzunehmen habe. Es stelle sich ferner die Frage der Effektivität und realistischen Einschätzung der Möglichkeiten der Umsetzung entsprechender Beschlüsse zu weltpolitischen Fragen. Auch er verweist auf die hieraus erwachsende Erwartungshaltung und plädiert nachdrücklich für künftige Zurückhaltung im Umgang mit entsprechenden Resolutionen, da hierin erstens nicht die originäre Aufgabe des Osnabrücker Rates liege und andererseits der Begriff Friedensstadt nicht erst durch entsprechende Resolutionen zu weltpolitischen Konflikten zu belegt werden müsse.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion wie folgt herbei.

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Friedensstadt Osnabrück

- verurteilt nachdrücklich das brutale Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte gegen tibetische Demonstranten und alle Gewaltakte, die – unabhängig von welcher Seite – in den Straßen von Lhasa und andernorts in Tibet verübt wurden und bekundet den Familien der Opfer seine aufrichtige Anteilnahme.
- fordert, den verletzten Tibetern eine angemessene medizinische Versorgung und den inhaftierten Tibetern Rechtsbeistand zu gewährleisten. Die Inhaftierten sind gemäß den internationalen Menschenrechtsübereinkommen zu behandeln. Diejenigen, die friedlich protestiert und ihr legitimes Recht auf Meinungsfreiheit ausgeübt haben, sind unverzüglich freizulassen.
- würdigt, dass der Dalai Lama die Tibeter aufgerufen hat, gewaltfrei zu protestieren, Forderungen nach der Unabhängigkeit Tibets zurückgewiesen und stattdessen einen Mittelweg der wirklichen kulturellen und politischen Autonomie sowie der freien Religionsausübung vorgeschlagen hat. Die territoriale Integrität Chinas bleibt hiervon unberührt.
- zeigt sich beunruhigt angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Ausgrenzung der Tibeter in Tibet, denen eine wachsende Zahl nach Tibet zugezogener chinesischer Arbeiter gegenübersteht, die den Tibetern Arbeitsplätze sowie Grund und Boden streitig machen. Er verweist auf die massiven Diskriminierungen im Bildungssystem, in dem tibetische Kinder ihre Muttersprache nur als Zweitsprache erlernen.

- bedauert, dass die bisherigen Gesprächsrunden zwischen den chinesischen Behörden und dem Dalai Lama zu keinem Erfolg geführt haben und fordert die Einleitung eines konstruktiven Dialogs ohne Vorbedingungen im Hinblick auf die Erzielung einer umfassenden politischen Einigung, einschließlich einer nachhaltigen Lösung für die kulturelle und politische Autonomie Tibets sowie die freie Religionsausübung und wirklicher Minderheitenrechte für die in benachbarten chinesischen Provinzen lebenden Tibeter.
- fordert, Tibet den Medien und den Diplomaten zugänglich zu machen. Die chinesischen Regierungsstellen sind anzuhalten, die Zensur und die Blockade von im Ausland ansässigen Nachrichten- und Informations-Webseiten unverzüglich einzustellen.
- fordert China auf, seine Zusagen in Bezug auf die Menschen- und Minderheitenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit einzuhalten, die es öffentlich verkündet hatte, als das Internationale Olympische Komitee (IOC) beschloss, die Olympischen Spiele an China zu vergeben.
- unterstützt die Erklärung des Dalai Lama, dass die Olympischen Spiele eine große Chance mit Blick auf die Freiheit des gesamten chinesischen Volkes sind.
- fordert die Bundesregierung auf, sich um eine gemeinsame Position der EU-Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Teilnahme der Staats- und Regierungschefs an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele zu bemühen und sich die Option der Nichtteilnahme offen zu halten, falls es nicht zu einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den chinesischen Regierungsstellen und dem Dalai Lama kommt.
- beauftragt den Oberbürgermeister, diese Resolution der Bundesregierung, dem Oberbürgermeister der Stadt Hefei, dem Präsidenten und dem Premierminister der Volksrepublik China, dem Nationalen (NOK) und Internationalen Olympischen Komitee (IOC) sowie dem Dalai Lama zu übermitteln.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird einstimmig **angenommen**.